

## **Zweite Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV)**

**New York, 27. November – 1. Dezember 2023**

### **Beitrag von Susanne Riegraf, Stellvertreterin des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle**

#### **Leiterin der deutschen Beobachter-Delegation bei der 2. Vertragsstaatenkonferenz**

Vielen Dank, Herr Präsident.

- Als Nichtmitglied des AVV und Beobachter bei dieser zweiten Vertragsstaatenkonferenz möchte Deutschland Ihnen seine Sichtweise darlegen und sich an einer ernsthaften, offenen Diskussion über Möglichkeiten des Fortschritts hin zu einer sicheren Welt ohne Atomwaffen beteiligen.

Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

- in seiner neuen nationalen Sicherheitsstrategie hat sich Deutschland erneut dazu bekannt, eine sichere Welt ohne Atomwaffen anzustreben. Wir teilen das globale Anliegen, dies zu erreichen und die Bemühungen zum Aufrechterhalten der globalen Rüstungskontrollarchitektur, der nuklearen Abrüstung und der Nichtverbreitung von Atomwaffen auf Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) zu verstärken.
- Hierbei muss jedoch auch die Sicherheitslage in Europa und der ganzen Welt berücksichtigt werden. Russland hat seinen brutalen Angriffskrieg gegen sein souveränes Nachbarland Ukraine nicht beendet, seit wir letztes Jahr in Wien zusammengekommen sind. Stattdessen hat es seine Macht und seinen Status als Kernwaffenstaat missbraucht und unerbittlich weiter gegen die Ukraine Krieg geführt, einen Nichtkernwaffenstaat, der freiwillig auf sein Atomarsenal verzichtet hat – im Gegenzug für umfangreiche Sicherheitsgarantien durch Russland im Rahmen des Budapester Memorandums.
- Darüber hinaus demontiert Russland weiterhin die Rüstungskontrollarchitektur, die zur Förderung von Sicherheit und strategischer Stabilität beigetragen hat. Russland hat das Konzept der Vertrauensbildung vergangener Jahrzehnte völlig diskreditiert.
- Dieses Jahr haben wir erlebt, wie Russland die Beteiligung am „New START“-Vertrag ausgesetzt und – unverantwortlich angesichts der angespannten aktuellen Sicherheitslage – angekündigt hat, Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Erst kürzlich hat Russland seine Ratifizierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen zurückgezogen.
- Weder der AVV noch der NVV haben Russland davon abgehalten, sich von seinen internationalen Verpflichtungen abzuwenden und internationale Rüstungskontrollmaßnahmen zu umgehen. Doch internationale Foren der Rüstungskontrolle, so auch diese Vertragsstaatenkonferenz, müssen die Dinge beim Namen nennen und Russland als erhebliches Hindernis im Hinblick auf Abrüstungsbemühungen beim Namen nennen.
- Darüber hinaus sollten sie die laufende nukleare Aufrüstung in China im Auge behalten. China muss dringend für Transparenz im Hinblick auf seine Atompolitik sorgen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender/sehr geehrte Frau Vorsitzende,

- angesichts des offen aggressiven Vorgehens von Russland hat die Bedeutung nuklearer Abschreckung für viele Staaten zugenommen, so auch für mein Land. Als NATO-Mitglied steht Deutschland in vollem Umfang hinter der nuklearen Abschreckung der NATO, deren Ziel darin

besteht, Frieden zu wahren, von Aggressionen abzuschrecken und nukleare Erpressung zu verhindern.

- Solange es Atomwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben. Deutschland wird dem AVV nicht beitreten, da dieser mit unseren nationalen Sicherheitsinteressen und unserer NATO-Mitgliedschaft einschließlich der nuklearen Abschreckung nicht vereinbar wäre.
- Ich möchte auch ganz deutlich sagen, dass wir als Land, das kein Mitgliedstaat des AVV ist, nicht an seine Bestimmungen gebunden sind und auch der Aussage nicht zustimmen, seine Bestimmungen würden gewohnheitsrechtlich gelten – weder jetzt noch in Zukunft.
- Wie wir im Strategischen Konzept der NATO dargelegt haben, können atomare Abschreckung und ein Bekenntnis zur Rüstungskontrolle Hand in Hand gehen. Dies wird auch dadurch belegt, dass die USA dieses Jahr wiederholt ein Angebot ohne Vorbedingungen zum Dialog über strategische Stabilität und Rüstungskontrolle mit Russland gemacht haben. Doch Russland beteiligt sich nicht an einem solchen Dialog und unternimmt weiterhin Schritte, die von Bemühungen um Rüstungskontrolle wegführen.
- Bei einer ernsthaften Debatte über Rüstungskontrolle und Abrüstung kann und darf nicht an alle Staaten, auch Kernwaffenstaaten, die dem Nichtverbreitungsvertrag unterliegen, derselbe Maßstab angelegt werden. Hier muss differenziert werden, und es sind einerseits die Bemühungen um Dialog und Risikominderung sowie andererseits das verantwortungs- und rücksichtslose Vorgehen Russlands oder auch die laufende nukleare Aufrüstung durch China zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren,

- der Nichtverbreitungsvertrag bleibt ein unersetzlicher Rahmen für nukleare Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Wir müssen anerkennen, dass nukleare Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen eng miteinander verknüpft sind und dass Fortschritte im Hinblick auf das eine Ziel auch dem anderen zugutekommen. Deshalb ist es so wichtig, der zunehmenden Polarisierung zwischen den Mitgliedstaaten dieses so bedeutenden Vertrags entgegenzuwirken und Brücken zwischen allen verantwortungsvollen Akteuren der nuklearen Abrüstung zu schlagen, gleichzeitig aber auch die aktuelle Sicherheitslage und die notwendige Abschreckung und Verteidigung zu berücksichtigen.
- Es ist ermutigend, dass die AVV-Vertragsstaaten bei der 10. Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags und beim diesjährigen Treffen des vorbereitenden Ausschusses deutlich gemacht haben, dass sie den Nichtverbreitungsvertrag unterstützen.

Wichtig ist, dass die Arbeitsgruppe der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags dieses Jahr zeigte, dass die Vertragsstaaten eine Stärkung des Überprüfungsprozesses befürworten. Ganz entscheidend ist dabei, dass die Arbeit dieser Gruppe zu den Themen Transparenz und Rechenschaftspflicht von beiden vorgebracht wurde: sowohl von Nichtvertragsstaaten als auch von Vertragsstaaten des AVV.

- Deutschland ist fest davon überzeugt, dass Zusammenarbeit auch über die aktuell bestehenden Gräben hinweg möglich ist. Die Stockholm-Initiative für nukleare Abrüstung und die Initiative für Nichtverbreitung und Abrüstung (*Non-Proliferation and Disarmament Initiative*, NPDI), denen Deutschland angehört, veranschaulichen, dass Befürworter und Gegner des AVV zusammen auf gemeinsame Ziele hinarbeiten können.
- Wir sind bereit, diesen Dialog fortzusetzen und mit allen NVV-Vertragsstaaten nach Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Themen und Möglichkeiten zu suchen, wie wir den aktuellen NVV-Überprüfungszyklus zum Erfolg machen können.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender/sehr geehrte Frau Vorsitzende,

- wie Außenministerin Annalena Baerbock vor der Überprüfungskonferenz des NVV letztes Jahr hervorhob, ist Deutschland entschlossen, engagiert Gelegenheiten der praktischen Zusammenarbeit zur humanitären Perspektive auszuloten. In diesem Zusammenhang unterstützten wir im Ersten Komitee dieses Jahres die Resolution von Kasachstan und Kiribati „Addressing the Legacy of Nuclear Weapons: Providing Victim Assistance and Environmental Remediation to Member States Affected by the Use or Testing of Nuclear Weapons“ („Bewältigung der Folgen von Atomwaffen: Bereitstellung von Opferhilfe und Maßnahmen zur Sanierung von Umweltschäden für Mitgliedstaaten, die vom Einsatz von Atomwaffen oder von Atomwaffentests betroffen sind“).
- Bei der Vertragsstaatenkonferenz im vergangenen Jahr haben wir unsere Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass die Bereitstellung von Opferhilfe und Sanierungsmaßnahmen für Umweltschäden, die durch Atomversuche verursacht wurden, mehr Aufmerksamkeit und Engagement verdient.
- Entsprechend haben wir Möglichkeiten und Aussichten für das Engagement in diesen Bereichen erkundet. Wir haben vor, konkrete Projektarbeit zu Opferhilfe und Sanierungsmaßnahmen für Umweltschäden zu unterstützen.
- Hierunter fällt unter anderem auch die Unterstützung von internationaler Zusammenarbeit und Workshops zu Opferhilfe, statistischer Forschung zu den Folgen von Atomversuchen, feministischen Sichtweisen zu Opferhilfe sowie weiterer Forschungen zu den Folgen von Strahlung für Frauen und Mädchen.

Meine Damen und Herren,

- seit dem vergangenen Jahr ist die Lücke zwischen dem angestrebten Ziel einer atomwaffenfreien Welt und der aktuellen Gegenwart größer geworden statt kleiner. Vor diesem Hintergrund müssen wir ehrlich darüber sprechen, was Priorität bei unseren Bemühungen haben sollte, unserem Ziel von einer sicheren Welt ohne Atomwaffen näherzukommen.
- Deutschland ist der Ansicht, dass bei der nuklearen Abrüstung unter anderem Folgendes höchste Priorität haben sollte:
  - Bewahrung des Tabus von Atomversuchen, insbesondere angesichts der kürzlich erfolgten Ankündigung Russlands, seine Ratifizierung des Atomwaffenteststopp-Vertrags zurückzunehmen.
  - Fortführung der Bemühungen, den Krisen um das iranische Kernwaffenprogramm und das Atom- und Raketenprogramm Nordkoreas zu begegnen.
  - Bewahrung des Systems der Nichtverbreitung von Atomwaffen mit dem NVV als Grundpfeiler, auch durch Erkundung besserer Möglichkeiten zur Umsetzung von Artikel VI. Dies sollte Maßnahmen zur Risikominderung, eine stärkere Transparenz im Hinblick auf Kernwaffenarsenale sowie die Förderung internationaler Bemühungen zur Verifikation und Unumkehrbarkeit nuklearer Abrüstung umfassen.
  - Sicherstellung der universellen Anwendung höchster Standards der IAEO-Überwachung – mit dem Abkommen über umfassende Sicherheitsmaßnahmen (CSA) und dem Zusatzprotokoll.
  - Russland muss aufgefordert werden, mit den Vereinigten Staaten wieder in einen Dialog über strategische Stabilität zu treten. Dazu gehören auch die vollständige Umsetzung des aktuellen „New START“-Vertrags sowie Verhandlungen über einen Nachfolgevertrag.

- Mehr Interaktion und Dialog mit China, das seiner Verantwortung gerecht werden sollte, sich zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu verpflichten und sich einer größeren Transparenz im Hinblick auf seine Arsenale zu öffnen.
- Die Liste der Aktionspunkte ist lang. Doch es bleibt reichlich Spielraum für Nichtkernwaffen- und Kernwaffenstaaten, für Kritiker ebenso wie für Unterstützer des AVV, sich in gemeinsame Bemühungen zur Unterstützung des NVV-Prozesses einzubringen. Deutschland freut sich darauf, gemeinsam mit Ihnen allen auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.